

BERLIN

Die Woche



Informationsschrift der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach (Wahlkreis Herne-Bochum II)

Liebe Leserinnen und Leser!

Die anhaltende Wirtschaftsschwäche in Deutschland bringt jede Woche von Neuem an den Tag, dass die öffentlichen Kassen und Sozialsysteme in Deutschland an ihre Belastungsgrenzen gestoßen sind. In dieser Lage wird Deutschland von einer Regierung geführt, die es nach mehreren Jahren Vorbereitung nicht schafft, ein halbwegs funktionierendes Dosenpfandsystem einzuführen und Lkw-Fahrten auf deutschen Autobahnen zu erfassen. Deutschland macht sich nicht nur zu Hause, sondern auch auf internationaler Bühne lächerlich. Langfristig schlimmer noch als die fortgesetzte Pannenserie ist die Art und Weise, wie die Bundesregierung weiterhin eine Zusage nach der anderen bricht und eine Basisannahme nach der anderen achselzuckend revidiert. Ob Aufschwung und Arbeitsplätze, Job Floater oder PSAs, Senkung der gesetzlichen Lohnnebenkosten oder Rückführung der Staatsschulden, Neuordnung der Gemeindefinanzen oder Sicherheit vor Mindest- und Substanzbesteuerung – überall ist das Wort der Bundesregierung nichts wert.

Wir sollten uns darauf konzentrieren, die inhaltliche Unzulänglichkeit der rot-grünen Vorhaben offen zu legen. Nur dies kann Grundlage für Erfolge bei den nächsten Wahlen sein.

IF

Ingrid Fischbach

In dieser Ausgabe

Diese Woche im Parlament	...S.2
Immer weniger leben von Arbeit	...S.4
Zahl der Sozialhilfeempfänger steigt weiter	...S.4
Alte Singles prägen künftig die deutsche Gesellschaft	...S.4
Totales Chaos bei der Maut	...S.5
Ausbildungsabgabe droht weiter	...S.5
Handwerk in der Krise	...S.6
Schuldenberg wächst...	S.6
Ohrfeige für Rot - Grün	...S.6



Ingrid Fischbach MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-71074

Fax: (030) 227-76436

ingrid.fischbach@bundestag.de

Diese Woche im Parlament



Die von der Koalition vorgelegten Gesetzentwürfe zu **Arbeitsmarkt, Steuern und Finanzen**, die diese Woche zur 2./3. Lesung anstanden, weisen in ihrer jetzigen Form schwere Mängel auf. Unsere zentralen Kritikpunkte lauten:

- **Hartz IV:** Die Zuständigkeit des Bundes in Gestalt der Bundesanstalt für Arbeit ist der falsche Ansatz. Nun soll offensichtlich auch noch die Zumutbarkeit abgeschwächt und der Aufbau des Niedriglohnssektors erschwert werden. Fazit: beschäftigungsunfreundlich.
- **Kommunalfinanzen:** Die Einbeziehung der Freiberufler halten wir für falsch; die Beibehaltung von Elementen der Substanzbesteuerung (Leasingraten etc.) ist höchst problematisch. Fazit: wachstumsfeindlich.
- **Steueramnestie:** Ohne eine Abschaffung der Vermögensteuer, die klare Absage an eine Erhöhung der Erbschaftsteuer und die sofortige Umsetzung der Pläne zur Zinsabgeltungssteuer wird sich die Kapitalflucht aus Deutschland nicht verringern, sondern im Gegenteil weiter verschärfen. Fazit: wachstumsfeindlich
- **Tabaksteuer:** Die Koalition beabsichtigt eine zu starke und zu schnelle Erhöhung, so dass die benötigten Einnahmen für die versicherungsfremden Leistungen in der GKV wegen des drohenden Einbruchs des legalen Tabakabsatzes nicht erzielt werden können. Fazit: haushaltspolitisch unseriös. Die Union hat einen gemäßigeren Gegenvorschlag gemacht, der von allen Fachleuten, auch koalitionsintern, als der Bessere angesehen wird, aber bisher an der Kooperationsunwilligkeit der SPD-Fraktion scheitert.
- **Haushaltsbegleitgesetz**, vorgezogene Steuerstufe 2005: Die von der Bundesregierung unverändert vorgeschlagene Finanzierung weitgehend über Schulden ist gerade

angesichts der sich weiter zuspitzenden Haushaltslage nicht akzeptabel.



- **„Korb II“ des Steuervergünstigungsabbaugesetz:** Die von der Bundesregierung vorgeschlagene Mindeststeuer durch Beschränkung der Verlustverrechnung wirkt in hohem Maße investitionshemmend. Dies gilt ebenso für die Pläne zur Erschwerung der Gesellschafter-Fremdfinanzierung, die das Grundproblem nicht lösen können, dass Deutschland mit seiner Unternehmensbesteuerung nicht ausreichend wettbewerbsfähig ist und deswegen beständige Ausweichreaktionen der Wirtschaft veranlasst. Fazit: wachstumsfeindlich.

Ingrid Fischbach: "Spätestens im Vermittlungsausschuss muss sich die Bundesregierung deutlich auf die Konzepte der Union zu bewegen. Denn falsche Strukturentscheidungen wie eine massive Neuverschuldung, die ausgeweiteten Zuständigkeiten der BA oder die Ausweitung der Steuerlasten führen zu langfristigen Schäden, die kaum wieder gut zu machen sind."

In der Debatte forderten wir in unserem Antrag **„Freiheit wagen – Bürokratie abbauen“** u.a. folgende Maßnahmen:

- Die Geltungsdauer von Gesetzen und Verwaltungsvorschriften soll zeitlich befristet werden; zudem soll schon bei der Erarbeitung einer neuen Rechtsverordnung geprüft werden, ob zugleich mindestens zwei bestehende Gesetze außer Kraft gesetzt werden können.
- Genehmigungsverfahren sollen verkürzt werden.
- Die Bundesländer sollen das Recht erhalten, bestimmte Gesetze oder Rechtsverordnungen des Bundes zeitlich und regional beschränkt nicht anzuwenden.



Wußten Sie schon,

... dass es in den EU-Ländern 12 Millionen Staatsdiener gibt? Allein in Deutschland 2,9 Millionen oder 8,1 Prozent aller Beschäftigten. Ungünstiger schneiden Luxemburg (10,8), Belgien (9,7), Frankreich (9,1) und Italien (9,0) ab, am besten Irland und Finnland (je 4,7).

Immer weniger leben von Arbeit



Laut Statistischem Bundesamt gaben im April 2002 nur noch 40% der Menschen in Deutschland das Erwerbseinkommen als wichtigste Unterhaltsquelle an; 1991 lag dieser Anteil noch bei 45%. Gründe für diesen Trend sind unter anderem die Zunahme der Arbeitslosigkeit und der steigende Bevölkerungsanteil der Ruheständler. (Quelle: destatis 14.10.2003)

Zahl der Sozialhilfeempfänger steigt weiter

Ende 2002 erhielten in Deutschland 2,76 Mio. Menschen Hilfe zum Lebensunterhalt; 2,2% mehr als im Jahr zuvor. Die Sozialhilfeausgaben stiegen um 3,3% auf 24,7 Mrd. Euro. Besonders auffällig:

- Bei Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren beträgt die Sozialhilfequote 6,6%, während von den über 65jährigen nur 1,3% Sozialhilfe erhalten.
- Einen dramatischen Zuwachs an Sozialhilfeempfängern gab es 2002 mit +7% in Ostdeutschland; im Westen lag der Zuwachs nur bei 2%. (Quelle: destatis 25.9.2003)

Alte Singles prägen künftig die deutsche Gesellschaft

Der Trend zum Ein-Personen-Haushalt hält an: Unter den 37,9 Millionen privaten Haushalten waren zu Jahresanfang 13,7 Millionen oder 36% allein lebende Frauen und Männer (1993: 33%). Die durchschnittliche Haushaltsgröße ist in zehn Jahren von 2,3 auf 2,1 Personen gesunken. In 65% aller Haushalte leben keine Kinder. Paare ohne Kinder machen inzwischen 29% der Haushalte aus. (Quelle: ddp 7.10.2003)

Totales Chaos bei der Maut



Die Einführung der Lkw-Maut unter Zuhilfenahme eines elektronischen Maut-Erfassungssystems entwickelt sich immer mehr zur Farce. Der zuständige Bundesverkehrsminister rudert inzwischen fast täglich zurück:

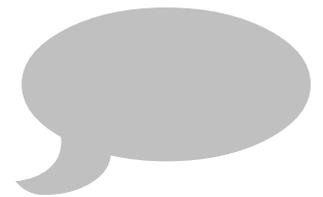
Wurde der Starttermin zunächst von August auf November verschoben, so ist inzwischen vom Jahresanfang oder gar vom Frühjahr 2004 die Rede. Und auch diese Termine sind ungewiss, nachdem sich immer mehr technische Pannen ergeben und die Speditionsunternehmen nach und nach entnervt aus der Systemerprobung aussteigen.

Ingrid Fischbach: "Zwischen Bundesregierung und Toll Collect eskaliert der Streit um eine Offenlegung der Verträge und Haftungsfragen. Klar ist: Die Bundesregierung hat offenbar von Anfang an einen zu ehrgeizigen Zeitplan vorgegeben, das politische Controlling war völlig unzureichend und die Einnahmen aus der Maut hätten niemals im Bundeshaushalt eingestellt werden dürfen, ohne den erfolgreichen Test des Systems abzuwarten."

Ausbildungsabgabe droht weiter

Anstatt mit einer vernünftigen Wirtschafts- und Finanzpolitik die Voraussetzung für Wirtschaftswachstum zu schaffen, setzen SPD und Grüne angesichts der Lehrstellenmisere weiterhin auf das Drohmittel der Ausbildungsplatzabgabe.

Unter dem Druck der Parteilinken und der Gewerkschaften fordert SPD-Fraktionschef Franz Müntefering die Wirtschaft jetzt gleichsam ultimativ auf, die fehlenden 20.000 bis 30.000 Ausbildungsplätze bis November bereitzustellen, andernfalls müsse der Gesetzgeber tätig werden. (Quelle: AP 10.10.2003)



Spruch der Woche

"Man kann viel von Frauen lernen, aber sicher nicht im Fußball."

Franz Beckenbauer
Exfußballstar, über die
deutschen
Fußballspielerinnen, deren
Nationalmannschaft die
Weltmeisterschaft
gewonnen hat

Handwerk in der Krise

Laut Statistischem Bundesamt waren Ende Juni im Vergleich zum Vorjahr 5,1% weniger Menschen im Handwerk beschäftigt. Der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) vermeldet für die Branche 250.000 Jobs weniger als im Vorjahr; im zweiten Quartal 2003 sei ein Umsatzrückgang von 3,5% zu verzeichnen gewesen. ZDV-Generalsekretär Hanns-Eberhardt Schleyer zu den Gründen der Krise: „*Der perspektivlose Zick-Zack-Kurs in der Steuer- und Sozialpolitik verunsichert Bürger und Verbraucher.*“ (Quelle: dpa 25.9.2003)



Schuldenberg wächst

Zur Jahresmitte lag der Schuldenstand von Bund, Ländern und Gemeinden bei 1.286 Milliarden Euro und damit um 5,1% über der Vorjahresmarke. Während die staatlichen Einnahmen stagnierten, haben die Ausgaben der öffentlichen Haushalte im ersten Halbjahr 2,3% zugenommen. In den ersten sechs Monaten des Jahres hat sich dadurch ein Defizit von 69 Milliarden Euro angehäuft – 11 Milliarden mehr als im Vorjahreszeitraum. (Quelle: destatis 26.9.2003)

Ohrfeige für Rot-Grün

Die Regierung Schröder hatte – unterstützt durch den „Sonderermittler“ Burkhard Hirsch – jahrelang versucht, der Vorgängerregierung und Helmut Kohl persönlich Bestechlichkeit und Aktenvernichtung anzuhängen. Ohne Erfolg! Die Bonner Staatsanwaltschaft hat das entsprechende Ermittlungsverfahren jetzt eingestellt. Die zentralen Vorwürfe von Hirsch, Schröder & Co. konnten nicht belegt werden: Weder gab es die systematische Aktenvernichtung, noch konnte nachgewiesen werden, dass Schmiergelder geflossen sind.



... das Allerletzte!

198 Euro Steuern fehlen der Stadt Hamburg jährlich im Schnitt je Einwohner. Insgesamt sind das 342 Millionen Euro. Der Grund: Viele Bürger zahlen ihre Steuern nicht. Die Stadt wehrt sich: Sie legt mit Parkkrallen die Autos der Zahlmuffel lahm. Wer innerhalb von drei Tagen nicht zahlt, verliert seinen PKW per Zwangsversteigerung.